**Deutscher Bundestag** **Drucksache 16/8865**
**16. Wahlperiode** 22. 04. 2008

# Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)**

**1. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Arnold Vaatz, Ulrich Adam, Peter Albach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Klaas Hübner, Andrea Wicklein, Ernst Bahr (Neuruppin), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
**– Drucksache 16/7015 –**

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung**
**– Drucksache 16/6500 –**

**Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2007**

**2. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Joachim Günther (Plauen), Jan Mücke, Horst Friedrich (Bayreuth), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP**
**– Drucksache 16/7014 –**

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung**
**– Drucksache 16/6500 –**

**Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2007**

**3. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung**
**– Drucksache 16/6500 –**

**Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2007**

### A. Problem

Zu Nummer 1

Der wirtschaftliche Aufholprozess ist in vielen ostdeutschen Regionen spürbar, doch bleiben Herausforderungen bestehen. Ostdeutschland braucht weiter ver-

lässliche Rahmenbedingungen und passgenaue Förderinstrumente. Wichtigste Aufgabe in Ostdeutschland bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und insbesondere die der hohen und verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit. Der Aufholprozess kann nur gelingen, wenn technologische Zukunftsfelder besetzt, Investitionen in Bildung und Forschung intensiviert werden und der Transfer von Wissen in Produkte verbessert wird. In einer modernen Volkswirtschaft sind effiziente Verkehrsverbindungen eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. Künftig muss es noch besser gelingen, Entwicklungschancen für strukturschwache und vor allem ländliche Regionen zu entwickeln. Kultur und Kunst bieten vielfältige wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeiten und ersetzen vielerorts den Verlust anderer wirtschaftlicher Grundlagen. Die kulturelle Substanz in den ostdeutschen Ländern soll daher erhalten werden und die positive kulturelle Entwicklung soll durch Investitionen gezielt gefördert werden. In Bezug auf rehabilitierungsrechtliche Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR bedarf es hinsichtlich der Rechtsangleichung noch der Klärung einiger offener Fragen. Für den 20. Jahrestag der friedlichen Revolution und des demokratischen Neubeginns in der DDR sowie der Einheit Deutschlands sollen Initiativen angeregt und unterstützt werden.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, die Effizienz der einzelnen Förderprogramme zur Innovationsförderung in den neuen Bundesländern genauer zu evaluieren und daraufhin ein Gesamtkonzept der Innovationsförderung zu entwickeln; Modellregionen für Deregulierung und Bürokratieabbau zuzulassen, in denen es den Ländern durch die befristete Aussetzung bundesgesetzlicher Regelungen über Länderöffnungsklauseln, insbesondere im Bau-, Tarif- und Arbeitsrecht ermöglicht wird, eigene Wege zu gehen, die Förderung durch die Investitionszulage nach 2009 zugunsten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) zurückzuführen; die neuen Länder bei der Ansiedlung von Großforschungseinrichtungen aktiv zu unterstützen; bei der Förderung ländlicher Regionen andere Maßstäbe anzulegen als bei strukturstarken Gebieten; das „Liberale Bürgergeld“ einzuführen, um insbesondere der Vielzahl von Geringverdienern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, und darauf hinzuwirken, dass die Mittel des Solidarpakts ausschließlich für Infrastrukturmaßnahmen verwendet werden.

Zu Nummer 3

Die Bundesregierung hat auf der Grundlage von Beschlüssen des Deutschen Bundestages einen Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2007 vorgelegt. Dieser beschreibt die Leitlinien der Politik für die neuen Länder, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands sowie die Förder- und Entwicklungsstrategie der Bundesregierung für Ostdeutschland und beinhaltet eine ausführliche Darstellung der Programme und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Aufbau Ost.

## B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme einer Entschließung, mit der die Bundesregierung unter anderem aufgefordert wird, die Prüfung zur Verlängerung der Instrumente der Investitionsförderung schnellstmöglich abzuschließen, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auf hohem Niveau fortzusetzen; für

eine Verstetigung der Infrastrukturmittel für Schiene, Straße und Wasserstraße zu sorgen, Möglichkeiten der Planungsbeschleunigung für die Verkehrsprojekte in den ostdeutschen Ländern offensiv anzuwenden, den Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen bedarfsgerecht voranzutreiben, die zu den transeuropäischen Netzen für Verkehr gehören; die ostdeutschen Länder beim Ausbau ihrer hervorragenden Kompetenzprofile und auf dem Weg zu nationaler und internationaler Exzellenz weiter zu unterstützen; den Transfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft weiter zu forcieren und weiterhin auf die Besonderheiten der Forschungslandschaft Ost mit geeigneten Instrumenten einzugehen, bei der Einrichtung neuer Großforschungseinrichtungen und neuer Bundeseinrichtungen entsprechend dem Beschluss der unabhängigen Föderalismuskommission die ostdeutschen Länder zu berücksichtigen; gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern eine Konzeption für eine regionenorientierte Innovationsförderung zu erarbeiten, die die besonderen Verhältnisse in den neuen Ländern und eine stärkere Verzahnung von Bundes- und Landesprogrammen berücksichtigt; die Konzentration der Förderung auf innovations- und branchenspezifische Schwerpunkte fortzusetzen und dabei insbesondere die Entwicklung sogenannter Zukunftsfelder aktiv zu unterstützen; zu prüfen, ob eine stärkere Förderung von externen, gemeinnützigen Industrieforschungseinrichtungen möglich ist; die ostdeutschen Länder bei ihren Aktivitäten zur Gewinnung Studierender zu unterstützen; die Programme der Weiterbildung im Rahmen der Eingliederungsleistungen zu stärken, um die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass die ostdeutschen Arbeitskräfte den steigenden Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht werden können, eine dauerhafte und durchgängige Beschäftigung ermöglicht wird und das zur Verfügung stehende Arbeitskräftepotenzial optimal genutzt werden kann; gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern die Maßnahmen und Konzepte zur Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Strukturen weiterzuentwickeln sowie das Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ zu verstetigen, gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern Strategien für den Umgang mit den Folgen der demografischen Entwicklung in Ostdeutschland zu entwickeln und die kulturelle Substanz und ihren Erhalt in den neuen Ländern als wichtiges Potenzial für die Entwicklung der Kommunen in den neuen Ländern weiterhin kontinuierlich zu unterstützen.

**Annahme des Entschließungsantrags auf Drucksache 16/7015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Die LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP**

Zu Nummer 2

**Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 16/7014 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Zu Nummer 3

**Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 16/6500**

**C. Alternativen**

Zu Nummer 1

Ablehnung des Entschließungsantrags.

Zu Nummer 2

Annahme des Entschließungsantrags.

Zu Nummer 3

Keine

**D. Kosten**

Zu den Nummern 1 bis 3

Wurden nicht erörtert.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 15/6500

1. den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7015 anzunehmen,
2. den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7014 abzulehnen.

Berlin, den 11. April 2008

**Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

| **Dr. Klaus W. Lippold** | **Petra Weis** | **Jan Mücke** |
|---|---|---|
| Vorsitzender | Berichterstatterin | Berichterstatter |

# Bericht der Abgeordneten Petra Weis und Jan Mücke

## I. Überweisung

Zu den Nummern 1 und 2

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlagen auf **Drucksachen 16/6500, 16/7015** und **16/7014** in seiner 124. Sitzung am 9. November 2007 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Sportausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für Kultur und Medien und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

## II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Zu Nummer 1

Der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD beinhaltet unter anderem die Aufforderung an die Bundesregierung, die Prüfung zur Verlängerung der Instrumente der Investitionsförderung schnellstmöglich abzuschließen, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auf hohem Niveau fortzusetzen; für eine Verstetigung der Infrastrukturmittel für Schiene, Straße und Wasserstraße zu sorgen, Möglichkeiten der Planungsbeschleunigung für die Verkehrsprojekte in den ostdeutschen Ländern offensiv anzuwenden, den Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen bedarfsgerecht voranzutreiben, die zu den transeuropäischen Netzen für Verkehr gehören; die ostdeutschen Länder beim Ausbau ihrer hervorragenden Kompetenzprofile und auf dem Weg zu nationaler und internationaler Exzellenz weiter zu unterstützen; den Transfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft weiter zu forcieren und weiterhin auf die Besonderheiten der Forschungslandschaft Ost mit geeigneten Instrumenten einzugehen, bei der Einrichtung neuer Großforschungseinrichtungen und neuer Bundeseinrichtungen entsprechend dem Beschluss der unabhängigen Föderalismuskommission die ostdeutschen Länder zu berücksichtigen; gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern eine Konzeption für eine regionenorientierte Innovationsförderung zu erarbeiten, die die besonderen Verhältnisse in den neuen Ländern und eine stärkere Verzahnung von Bundes- und Landesprogrammen berücksichtigt; die Konzentration der Förderung auf innovations- und branchenspezifische Schwerpunkte fortzusetzen und dabei insbesondere die Entwicklung sogenannter Zukunftsfelder aktiv zu unterstützen; zu prüfen, ob eine stärkere Förderung von externen, gemeinnützigen Industrieforschungseinrichtungen möglich ist; die ostdeutschen Länder bei ihren Aktivitäten zur Gewinnung Studierender zu unterstützen; die Programme der Weiterbildung im Rahmen der Eingliederungsleistungen zu stärken, um die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass die ostdeutschen Arbeitskräfte den steigenden Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht werden können, eine dauerhafte und durchgängige Beschäftigung ermöglicht wird und das zur Verfügung stehende Arbeitskräftepotenzial optimal genutzt werden kann; gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern die Maßnahmen und Konzepte zur Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Strukturen weiterzuentwickeln sowie das Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ zu verstetigen, gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern Strategien für den Umgang mit den Folgen der demografischen Entwicklung in Ostdeutschland zu entwickeln und die kulturelle Substanz und ihren Erhalt in den neuen Ländern als wichtiges Potenzial für die Entwicklung der Kommunen in den neuen Ländern weiterhin kontinuierlich zu unterstützen.

Zu Nummer 2

Der Entschließungsantrag beinhaltet unter anderem die Aufforderung an die Bundesregierung, die Effizienz der einzelnen Förderprogramme zur Innovationsförderung in den neuen Bundesländern genauer zu evaluieren und daraufhin ein Gesamtkonzept der Innovationsförderung zu entwickeln; Modellregionen für Deregulierung und Bürokratieabbau zuzulassen, in denen es den Ländern durch die befristete Aussetzung bundesgesetzlicher Regelungen über Länderöffnungsklauseln, insbesondere im Bau-, Tarif- und Arbeitsrecht ermöglicht wird, eigene Wege zu gehen, die Förderung durch die Investitionszulage nach 2009 zugunsten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) zurückzuführen; die neuen Länder bei der Ansiedlung von Großforschungseinrichtungen aktiv zu unterstützen; bei der Förderung ländlicher Regionen andere Maßstäbe anzulegen als bei strukturstarken Gebieten; das „Liberale Bürgergeld“ einzuführen, um insbesondere der Vielzahl von Geringverdienern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, und darauf hinzuwirken, dass die Mittel des Solidarpakts ausschließlich für Infrastrukturmaßnahmen verwendet werden.

Zu Nummer 3

Der Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2007 beschreibt die Leitlinien der Politik für die neuen Länder, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands sowie die Förder- und Entwicklungsstrategie der Bundesregierung für Ostdeutschland und beinhaltet eine ausführliche Darstellung der Programme und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Aufbau Ost.

## III. Stellungnahmen der mitberatenen Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Sportausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7015 in seiner 43. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Rechtsausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 83. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Finanzausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 79. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Entschließungsantrag in seiner 53. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Entschließungsantrag in seiner 65. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Entschließungsantrag in seiner 73. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 70. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Entschließungsantrag in seiner 47. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Entschließungsantrag in seiner 70. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Entschließungsantrag in seiner 52. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Entschließungsantrag in seiner 48. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Entschließungsantrag in seiner 48. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Entschließungsantrag in seiner 46. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 60. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Zu Nummer 2

Der **Sportausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7014 in seiner 43. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 83. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 79. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Entschließungsantrag in seiner 53. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Entschließungsantrag in seiner 65. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Entschließungsantrag in seiner 73. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 70. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Entschließungsantrag in seiner 47. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Entschließungsantrag in seiner 70. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Entschließungsantrag in seiner 52. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Entschließungsantrag in seiner 48. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Entschließungsantrag in seiner 48. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Entschließungsantrag in seiner 46. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 60. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Nummer 3

Der **Sportausschuss** hat die Unterrichtung auf Drucksache 16/6500 in seiner 43. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Rechtsausschuss** hat die Unterrichtung in seiner 83. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Finanzausschuss** hat die Unterrichtung in seiner 79. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Unterrichtung in seiner 53. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Unterrichtung in seiner 65. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Unterrichtung in seiner 73. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Unterrichtung in seiner 70. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Unterrichtung in seiner 47. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Unterrichtung in seiner 70. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Unterrichtung in seiner 52. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Unterrichtung in seiner 48. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Unterrichtung in seiner 46. Sitzung am 12. Dezember 2007 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Unterrichtung in seiner 46. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Unterrichtung in seiner 60. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

## IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/6500 und die Entschließungsanträge auf Drucksachen 16/7015 und 16/7014 in seiner 53. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, der Bericht gebe Anlass zu Optimismus. Er zeige, dass Verbesserungen eingetreten seien. Die gewerbliche Wirtschaft könne ein Wachstum vorweisen und die Arbeitslosigkeit gehe zurück. Der Aufholprozess insgesamt sei aber noch nicht abgeschlossen. Gerade die Langzeitarbeitslosigkeit sei nach wie vor viel zu hoch. Sie sprach sich dagegen aus, Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern zu betonen; es gehe um gemeinsame Probleme, welche das gesamte Land lösen müsse. Der Bericht bringe zum Ausdruck, dass in Zukunft auch eine differenziertere Betrachtung der einzelnen neuen Bundesländer notwendig sei. Sie wies die Kritik an dem

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zurück; dieser gehe sehr wohl auch auf wichtige Zukunftsfragen ein. Die Investitionszulage werde nach wie vor als wichtiges Förderinstrument gebraucht. Mit den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit sei man weit vorangekommen. Geänderte Verkehrsströme müsse man aber beachten. In Bezug auf den Stadtumbau Ost müsse man ganzheitliche Konzepte entwickeln, bei denen man den Stadtumbau mit anderen Förderprogrammen verzahne und darauf achte, dass man die Innenstädte nicht ausräume und man lebenswerte und funktionierende Stadtgebiete erhalte. Die demografische Entwicklung sehe man als ein Problem an. In Bezug auf die Gewinnung von Fachkräften sei das Thema Bildung von ganz besonderer Bedeutung.

Die **Fraktion der SPD** vertrat die Auffassung, der Bericht zeichne sich dadurch aus, dass er die Entwicklung besonders realistisch beschreibe. Die Überschrift zu seinem Teil A „Chancen nutzen – Zusammenhalt sichern“ sei ausgesprochen gelungen. Es sei in den letzten Jahren vor allem erreicht worden, die Wachstumskräfte zu stärken. Ostdeutschland sei von einer Randlage in die Mitte Europas gerückt und dies sei eine große Chance, die man nutzen solle. Beim Stadtumbau Ost und der Weiterentwicklung des Programms Stadtumbau West, welche sich als ausgesprochen zielgenau und wirkungsvoll erwiesen hätten, lege man großen Wert darauf, die Weiterentwicklung so zu konzipieren, dass die gewonnenen Erfahrung einbezogen würden. Im Gegensatz zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP sei sie der Auffassung, dass die Investitionszulage nach wie vor eine wesentliche Säule der Förderpolitik für die neuen Bundesländer darstelle, und sie setze sich dafür ein, ernsthaft zu prüfen, ob nicht die Verlängerung des Programms über das Jahr 2009 hinaus in Frage komme. Was die in dem Antrag der Fraktion der FDP aufgeworfene Frage des Bürokratieabbaus angehe, würden schon die bestehenden Möglichkeiten zur Abweichung von bundesgesetzlichen Regelungen gar nicht in Anspruch genommen werden. Eine Öffnungsklausel für das Bau-, Tarif- und Arbeitsrecht sowie die Einführung eines liberalen Bürgergeldes würden von ihr abgelehnt.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, sie bewerte es positiv, dass man sich im Gegensatz zu dem Bericht 2006 klar dazu bekenne, eine Strategie der Bildungs- und Innovationsförderung zu verfolgen. Die Exzellenzinitiative der Bundesregierung im Forschungsbereich sei aber an den neuen Ländern bislang fast vollständig vorbeigegangen. Es sei notwendig, weiter in die Infrastruktur zu investieren und infrastrukturbedingte Nachteile der neuen Länder auszugleichen. Man sehe es außerordentlich kritisch, dass durch die Ausweitung des Entsendegesetzes die ostdeutsche Wirtschaft erheblich unter Druck geraten werde. Bei Arbeitsplätzen im Niedriglohnsektor würden Mindestlöhne zu einer Vernichtung von Arbeitsplätzen führen, was den Aufbau Ost erheblich zurückwerfe. Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD sei ein Jubelpapier, welches nicht dazu beitrage, den Aufbau Ost weiter voranzubringen. In Bezug auf die Infrastrukturmittel für die neuen Länder müsse man in den letzten Jahren einen kontinuierlichen Rückgang verzeichnen. Der Osten Deutschlands stehe in einem scharfen Standortwettkampf mit osteuropäischen Staaten. Deshalb müsse man die Förderprogramme effizienter gestalten. Die Investitionszulage wolle sie nicht abschaffen, sondern zugunsten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zurückführen. Das Programm zum Stadtumbau sei im Grundansatz ein gutes Programm. Sie sprach sich gegen die Beendigung der Aufteilung der Regierungsfunktionen auf Bonn und Berlin aus.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, sie erkenne an, dass der vorliegende Bericht über den Stand der Deutschen Einheit wesentlich differenzierter ausfalle als in den Vorjahren. Leider finde diese Analyse im aktuellen Regierungshandeln kaum Widerhall. Es bestehe aber Anlass, darauf hinzuweisen, dass Vieles gelungen sei. Es sei auch angebracht, dafür Dank zu sagen. Man dürfe aber vor dem nicht Gelungenen nicht die Augen verschließen. Es sei ein Fehler, den Osten faktisch für erledigt zu erklären. Die doppelt so hohe Arbeitslosigkeit im Osten im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet bleibe ein Problem. Zudem gebe es eine enorme Zunahme von Zeit- und Leiharbeit. In der Förderung von Beschäftigung durch die öffentliche Hand seien die Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit zu wenig bereit, auch neue Wege anzuerkennen. Eine Beendigung der Arbeitsförderung bedeute eine Arbeitslosigkeit im Osten in der Nähe von 25 Prozent. Zum Stadtumbau Ost führte sie aus, von den 1,1 Millionen leer stehenden Wohnungen im Osten, seien bislang gerade einmal 200 000 vom Markt genommen worden. Zudem sei man viel zu wenig in der Lage, auch die kreativen Ideen zum Umbau von Wohnquartieren aufzunehmen. Dass es immer noch eine Aufteilung der Bundesregierung zwischen Bonn und Berlin gebe, sei anachronistisch.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** äußerte, man begrüße positive Entwicklungen, es gebe aber noch viele Probleme. Schreibe man die derzeitige ökonomische Entwicklung fort, werde es noch sehr lange dauern, bis sich die Schere zwischen Ost und West schließe. Die Probleme könne man nicht durch einen Masterplan lösen, sondern es gebe eine Vielzahl kleiner Stellschrauben, an denen man drehen müsse. In Zukunft solle man sich stärker auf die endogenen Potenziale der ostdeutschen Länder verlassen, statt auf Großansiedlungen von außen zu hoffen. Der demografische Wandel sei ein erhebliches Risiko für einen Aufschwung. Fachkräftemangel sei ein großes Problem, weshalb das Thema Bildung in Zukunft eine ganz wichtige Rolle spielen werde. Man solle Unternehmensgründungen in Ostdeutschland fördern, denn man brauche mehr Unternehmer in Ostdeutschland. In Bezug auf den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen reiche es nicht aus zu fordern, dass man so wie bisher weitermachen solle. Dieser Entschließungsantrag sei daher sehr enttäuschend. Mit vielen Forderungen des Entschließungsantrags der Fraktion der FDP stimme man überein, mit Ausnahme der Nummern 2 und 6. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei auch für eine stärkere Autonomie in den Regionen. Diese dürfe aber nicht zu Lasten von ökologischen und sozialen Standards gehen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Unterrichtung auf Drucksache 16/6500 zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7015 anzunehmen.

Den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7014 hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Berlin, den 11. April 2008

| **Petra Weis** | **Jan Mücke** |
| --- | --- |
| Berichterstatterin | Berichterstatter |



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333